

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 25. November 1897.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Hoffe, Haftenfeld & Vogler, G. E. Daube, Invalidenten, Berlin, Bern, Ant, Mar, Gerlmann, Eberfeld B. Thiemens, Graßmann & Co., Halle a. S., Jul. Bard & Co., Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Gebr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Vierte ordentliche Generalversammlung.

Sitzung vom 24. November.

Die heutige, auf 1 Uhr anberaumte Sitzung wurde nach dem Gesänge „Ein feste Burg ist unser Gott“ und dem vom Synodalen D. Erdmann gesprochenen Gebete, durch den Präsidenten Graf Zieten-Schwerin eröffnet. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen über eingegangene Anträge, Petitionen u. wurde in die Beratung des Antrages Folgender und Genossen eingetreten, der den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete. Der Antrag hat inzwischen eine von der ursprünglichen Fassung in einigen Sätzen etwas abweichende Gestalt erhalten, in welcher er — mit den Unterschriften sämtlicher Generalversammlungsmitglieder versehen — nunmehr lautet:

Generalversammlung wolle beschließen:
Generalversammlung protestirt gegen die vom römischen Papst in seiner Canisius-Enchiridion dem Gedächtnisse Luther's und dem gesamten Werke der Reformation zugefügten Schmähungen, indem sie dem römischen Papste entgegenhält: 1. Was der Papst als unheilvolles Gift bezeichnet, ist in Wahrheit das seligmachende Evangelium von der freien Gnade Gottes in Christo Jesu, dem endlich Raum zu geben der Papst immer von Neuem genöthigt werden muß. 2. Luther, den der Papst als Aufwiegler verdächtigt hat, hat in Wirklichkeit nur schlicht und recht Gott die Ehre gegeben, indem er der auf menschliche Satzungen gegründeten päpstlichen Autorität mit der Autorität des göttlichen Wortes Trug bot. 3. Die weltliche Obrigkeit, insbesondere das Kaiserthum, ist als selbstständige Ordnung Gottes erst wieder erkannt, seit die angemaßte Oberherrlichkeit des Papstes über das staatliche Regiment bei den Evangelischen keinen Glauben mehr fand. Die Geschichte bezeugt, daß das unheimliche Feuer der Revolution in den katholischen Ländern mehr Nahrung gefunden und größere Verheerung angerichtet hat, als unter den Vätern evangelischen Bekenntnisses. 4. Gegenüber dem behaupteten Zusammenhang von Reformation und Sittenlosigkeit rufen wir Gott zum Zeugen an. Die Reformation hat durch ihre laute Predigt des Wortes Gottes die Gerechtigkeit erweckt und ist für den Einzelnen wie für Familie und Volk je und je die Quelle christlicher Bildung und Gesittung gewesen.

Der menschengewordene Gottessohn aber, unser einziger Mittler, bleibt unsere feste Burg, das Feld wird Er behalten!
Präsident D. Warhanen dankt für die zustimmende Erklärung, die ihm von allen Seiten zugegangen ist. Ich habe jene Erklärung nicht abgegeben, weil ich mich als Vertreter der Landeskirche angesehen hätte, sondern ich habe es, weil zu jener Zeit nach meinem Gefühl ein Wort gesagt werden mußte. Ich bin dabei von jeder Leidenschaftlichkeit frei gewesen, habe auch nicht, wie man nachgefragt worden ist, einem lang gehaltenen Groll Ausdruck gegeben. Die neue Entwicklung der römischen Kirche ist auf eine Niedererschütterung der evangelischen Kirche gerichtet. Daher hielt ich einen Befehl für nöthig. Der Kampf vom Gegenüber kann nur von der evangelischen Kirche ausgetragen werden, nicht von den Regierungen und Parlamenten, und darum thut eine Stärkung und Belebung des evangelischen Bewusstseins mehr denn je noth.

Der Antrag Folgender wurde einstimmig angenommen, worauf die Versammlung einstimmte: „Mit unserer Macht ist nichts gethan.“
Der Rest der Tagesordnung wird durch Kommissionswahlen und andere geschäftliche Angelegenheiten angefüllt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr.

„Sant ihn!“

scheint jetzt der beliebteste Zwischenruf im österreichischen Abgeordnetenhaus zu sein, aber daß es nicht nur beim Ruf bleibt, sondern das Hausrecht noch ausübt wird, beweist der Verlauf der gestrigen Sitzung, über welche wir bereits telegraphisch berichteten. Näheres über die Standespersonen entnehmen wir noch einem Bericht der „Post. Ztg.“:

Der Tumult begann, als der Junggehe Dr. Dyk einen Antrag betr. die Petitionen stellte. Die Rechte brach in eine Applausstube aus, die Linke erhob stürmischen Widerspruch und eilte zum Präsidium; viele verlangten das Wort, es entstand ein allgemeiner Tumult. Abg. Junke (deutschförsch.) schlug mit der Faust auf das Pult des Berichterstatters; der polnische Bauer Potoczki packt ihn bei der Hand, Junke schreit: „Wagen Sie es nicht, mich anzuhauen! Es geht Sie einen — an, was ich thue!“ Der Arm nimmt zu, die Abgeordneten der Linken verlangen wiederholt das Wort. Präsident: „Ich bitte, die Hände einzunehmen, es wird sich ja alles ruhig vollziehen.“ (Großes Gelächter links, anhaltendes Gelächter.) Endlich erhält Dr. Groß (deutschförsch.) das Wort und sagt, daß Präsidium und Mehrheit einen neuen Gewaltakt ausüben wollen, denn der Antrag sei ganz unzulässig, was Groß unter Berufung auf die Geschäftsordnung ausführt. Groß beantragt für den Fall, daß die von Dyk vorgeschlagene Gewaltthat verübt würde, mehrere abweichende Anträge zum Vorschlage Dyk's. (Beifallsturm links, Arm rechts.) Unter anhaltendem Tumult protestirt dann Abg. Prof. Pfefferle (deutschförsch.) gegen den Vorschlag Dyk's. Abg. Pöcher (deutschnational) zur Rechten: „Können Sie sich gar nicht anständig benehmen?“ Wabes (deutschförsch.): „Nunja, Regierungsbenehmen!“ Wabes (deutschnational): „Die Herren haben ihren Witzschiff bekommen und wollen dafür rasch ihre Dienste thun!“ Wabes zum Präsidenten: „Schämen Sie sich mit ihren polnischen Gaunertugenden!“ Abg. Pfefferle stellt dann zum Antrag Dyk ebenfalls einen Antrag, die sich insbesondere auf die Feststellung des Zeitpunktes für die Verichterstattung über die vorliegenden Petitionen bezogen, und beantragte dabei eine Reihe von namentlichen Abstimmlungen. Dann sprach Pöcher (deutschnational), fortwährend vom Präsidenten ermahnt, sich auf die Stellung eines Antrages zu beschränken. (Stürmische Rufe links: Lassen Sie ihn reden, Sie Schreckfische!) Pöcher stellte dann ebenfalls Anträge wegen formaler Verhandlung der Petitionen und beantragte hierüber namentliche Abstimmlungen. Präsident: „Ich kann keine weitere Debatte zulassen. Es

haben nur noch die Abgeordneten Kaiser und Schürer das Wort.“ (Anhaltendes Gelächter.) Wabes: „Eine Schande fürs Parlament! Lafai Baderis!“ Schürer: „Ich habe mich schon längst zum Worte gemeldet!“ Kaiser beantragte dann gleichfalls eine Reihe namentlicher Abstimmlungen über die Art der Behandlung der Petitionen. (Beifall links, Gelächter rechts.) Präsident: „Es hat sich noch der Abg. Schürer zum Worte gemeldet, er darf aber nur einen Antrag zur Abstimmlung stellen.“ (Stürmische Unterbrechung links, allgemeines Gelächter.) Schürer: „Ich habe das Wort verlangt, wie jeder andere vor mir!“ Präsident: „Im Allgemeinen kann ich das Wort nicht mehr erteilen. Abg. Schürer hat das Wort!“ (Stürmische Unterbrechung links.) Schürer eilt zum Präsidium, schlägt auf dieselbe mit der Faust und schreit: „Ich habe jetzt das Wort! Ich gebe nicht nach!“ Die Abgeordneten der Rechten umgeben das Präsidium zu dessen Schutze. Schürer ergreift die Präsidentenloge, lüftet und ruft: „Jetzt gebe ich mir das Wort!“ Der Vize Potoczki entsezt Schürer die Glocke; Schürer wird von Abgeordneten der Rechten bedroht, die schreien: „Hinaus mit ihm! Hinaus mit ihm!“ Wabes und andere von der Linken umgeben Schürer. Schürer und Wabes werden von Potoczki und dem Junggehe Potoczki bedroht. Es entsteht ein allgemeiner Tumult. Der Präsident unterbricht davonellend die Sitzung. Während nun das Bureau d's Hauses über die weiteren Maßnahmen gegen die Obstruktion beräth, dauert die Erregung im Saale fort. Die Abgeordneten Wabes, Anton Steiner, Pfefferle und Mittel bleiben beim Präsidium stehen und warten das Wiedererscheinen des Präsidenten ab, der nach zwanzig Minuten die Sitzung fortsetzt, von der Linken mit Rufen: „Heil! wader!“ begrüßt. Schürer ruft: „Ich bitte ums Wort!“ Präsident: „Ich bekomme eine andere Glocke, nachdem Schürer den Muth hatte, sich dieser Glocke zu bedienen.“ Dem Präsidenten wird eine andere Glocke gereicht. (Händelstößen rechts.) Wabes ergreift die neue Glocke und ruft: „Also eine dritte Glocke!“ Der Präsident stellt auch die zweite Glocke weg. Wabes: „Mit solchen kindischen Wägen wagt der Präsident das Parlament zu frozeln! Das ist zu dumm!“ (Gelächter links.) Der Präsident beginnt zu sprechen. Wabes: „Erlauben Sie Schürer das Wort zu geben. Wir verzichten auf Ihr Gewähl!“ (Entrüstungssturm rechts, Tumult.) Präsident: „Ich rufe den Abg. Wabes für die Vertheidigung des Parlaments und des Hauses zur Ordnung!“ Wabes zum Präsidenten: „Sie haben uns belügt!“ (Arm.) Präsident: „Ich bitte die Vertheidigung entgegenzunehmen.“ Wabes: „Ihren Versicherungen glauben wir nicht!“ Präsident: „Daß ich Ruhe und Geduld bewahren werde.“ Wabes: „Bis Sie als Baderis-Lafais den Ausgleich haben werden.“ Präsident: „Ich bitte auf Ihren Platz zu gehen.“ Wabes: „Ich bleibe hier stehen!“ Junggehe Lang: „Dann wundern Sie sich nicht, wenn etwas kommt!“ (Anhaltendes Gelächter.) Präsident: „Es ist eine allgemein bekannte Thatsache.“ Wabes: „Daß von Ihnen alles zu erwarten ist.“ Präsident: „... daß eine gewisse Zahl Abgeordneter sich die Aufgabe gestellt hat.“ Wabes: „Nichtswort werden sie nicht outen!“ Präsident: „... die Verhandlungen des Hauses zu verhindern.“ Mittel: „Für ihn Volksthum aufzutreten!“ Junggehe Schileng: „Ihr Volksthum ist was werth!“ (Entrüstungssturm links.) Anton Steiner: „Das ist eine Infamie!“ Der Arm dauert fort. Der Junggehe Lang schreit fortwährend die Abgeordneten der Linken an, worauf ihm der Präsident Ruhe gebietet. (Beifall links.) Der Präsident fordert die Abgeordneten der Linken wieder auf, die Plätze einzunehmen. (Rufe: Nein! Hier muß Schürer sprechen.) Präsident: „Er bekommt dann das Wort.“ (Die Linke erhebt von Neu in Arm.) Der Präsident fordert die Ordner auf, das Präsidium von den Abg. Wabes, Steiner und Mittel zu befreien und verläßt den Präsidium. Das war das Signal zum Faustkampf. Die Junggehe und einige Wabes werfen sich auf die genannten Abgeordneten sowie auf den Abg. Pfefferle. Man packt Wabes beim Kopf, Potoczki schlägt mit Fäusten auf Wabes ein, während ihn Andere bei den Haaren ergreifen. Im dichten Knäuel sieht man viele Fäuste auf die bedrängten Abgeordneten der Opposition niederfallen. Unter beständigem Gelächter, Schreien und Schreien werden Pfefferle und Wabes mit Füßen gestoßen und mit Fäusten bearbeitet, dabei sind die Abgeordneten der Linken in ein lebensgefährliches Gedränge eingeklinkt. Die Zuschauer auf den Gallerien, anfangs starr vor Entsetzen, brechen in heftige Pfürufe aus. Von der Gallerie bietet sich ein unbeschreiblicher Anblick dar. Der Menschenschädel wird immer dichter; einzelne Abgeordnete verschwinden zeitweilig unter Fäusten, die auf ihre Köpfe losstürmen. Wabes wird bei den Haaren zu Boden gerissen, man wirft ihm die Präsidentenloge ins Gesicht, man bearbeitet sein Gesicht mit Fäusten. Vergeblich sucht er sich der Däbe zu erwehren; man muß fürchten, daß er im Gedränge zerdrückt wird. So quetscht und preßt sich die Masse der Rausenden um ihn. Am Schürer bildet sich ein neues Kampfgentrum. Er eilt seinen Parteigenossen zu Hülfe, indem er ein Fäustel von der Ministerbank auf die Präsidentenstraße zu werfen sucht. Da packt ihn der Herrliche Abg. Hagenhofer an der Kehle. Schürer taumelt nach rückwärts, rafft sich wieder auf, worauf sich andere Abgeordnete der Rechten auf ihn stürzen und mit Fäusten zu bearbeiten suchen. In einem anderen Knäuel wird Pfefferle von dem Polen Potoczki an die Kehle gefaßt und gewürgt. Pfefferle, einer Dinnmacht nahe, zieht sein Federmesser hervor, hält es über seinen Kopf, um die Faustschläge seiner Bedränger abzuwehren. Da kommt ihm von der Linken Dyk. Wabes nimmt das Messer Pfefferle's an sich, damit er sich nicht selbst verleihe, wirft weg und trifft dabei den Abg. Gernann an der Hand. Graf Wetter ergreift ein Glas Wasser und schüttete es auf die Kämpfenden. Die Gehehen waren nicht im Stande, irgend einen Abgeordneten der Linken aus dem Saal zu drängen. Der Knäuel, der diese umgab, wurde immer kleiner. Während des ganzen Kampfes, der etwa eine Viertelstunde dauerte, erfüllte unausgesetztes Schreien und Schreien die Luft. Wabes ruft: „Nächstens

bringe ich einen Revolver mit!“ Er, sowie die Abg. Pfefferle, Schürer, Anton Steiner, Hagenhofer und andere von der Linken erhielten Verletzungen, doch waren sie nicht bedeutend. Wabes erhielt Abrahamsowicz wieder im Saal, von der Linken mit den Rufen: „Hinaus!“ empfangen, und sagte: „Angesichts der Gewaltthaten, die sich im Laufe zugetragen haben, erachte ich es für meine Pflicht, die Sitzung aufzuheben und werde die nächste Sitzung im schriftlichen Wege bekannt machen. Ich bitte die jeweiligen Herren, die mir die Abgeordneten angeben können, die sich Gewaltthaten schuldig gemacht haben, in meinem Bureau zu erscheinen.“ Die Abg. Schürer und Mittel applaudiren lebhaft. Ihn Hagenhofer der Linken verläßt der Präsident seinen Sitz. Die Abgeordneten bleiben noch lange, in großer Erregung im Saale und in den Wandelgängen die Vorfälle besprechend. Abends wurden im Präsidium die Aussagen der Abgeordneten der Rechten über die in der Sitzung vorgefallenen Gewaltthatigkeiten aufgenommen. Auch die Stenographen wurden vernommen. Der Justizminister las die bezüglichen Protokolle durch. Ein Gericht, das sich von der Verfassung mehrerer Abgeordneter der Linken verbreitete, ist unwirksam, doch verurteilt, die Rechte werde morgen die Auslieferung der Abgeordneten Schürer, Wabes und Pfefferle an das Strafgericht beantragen. Der parlamentarische Ausschuß der Rechten beriet am Abend im Beisein der Minister Baderis, Villinski, Gleispach und Mittel. Der Rind der deutschen Fortschrittspartei veröffentlichte eine Erklärung, worin er sein tiefstes Bedauern ausdrückte, daß sich die Mitglieder der Mehrheit hinstellen ließen. Angehörige der deutschen Opposition mit Theilnehmern von dem Platte vor dem Präsidium, wo zu betheiligen alle Abgeordneten ein Recht zuleist, wegzubringen. Die Erklärung verweist darauf, daß hierzu der Präsident ausdrücklich aufforderte und sich die Abgeordneten der Opposition bei ihrem Widerstande in gerechter Nothwehr befanden.

Zum Fall Dreyfus

wird aus Paris mitgetheilt, daß der Stimmungswechsel zu Gunsten Dreyfus' unverändert ist; ausgenommen die Hebräer Hochfort's und Dreyfus's, beifürworten alle Blätter die Prozessrevision. Die Annahme, daß überhaupt kein Verdict, sondern nur Aufschub vorliegt, gewinnt an Konfistenz. Eherdage gilt jedoch als Hauptanheber des Aufschubs.

Auf das Gerücht, daß in der Presse verbreitet wurde, der Abgeordnete Charles Dupuy, welcher im Augenblick des Dreyfus-Prozesses Ministerpräsident war, habe an der Schuld des angeklagten Offiziers gezeuvelt, antwortete Dupuy im Gespräche mit Bekannten, das sei ganz unrichtig. Nach den Mittheilungen, welche Kriegsminister General Mercier den Mitgliedern der Regierung über die näheren Umstände gemacht, habe im Ministeriats-Gemüthsleben über den peinlichen Fall geherrschet. Auch der Abgeordnete Cavignac, der den Kriegsminister Mercier ablöste, soll gestern im Palais Bourbon erklärt haben, er sei auf Grund der Nachforschungen, die er während seiner Amtswaltung über die Dreyfus-Affäre anstellte, heute noch von der Schuld des Deportirten fest überzeugt.

Der „Matin“ zieht gegen das Institut der Militärattachees los und stimmt hierin, auch im Tone, mit den radikalen Blättern überein, welche schon lange die Ansicht verbreiten, Militärattachees und Spion seien synonym und die Aufhebung der Einrichtung wäre eine Wohlthat. Der „Intransigant“ hatte vor einigen Tagen drei französische Offiziere zu verdächtigen gesucht und einen derselben, einen Gähner, so genau bezeichnet, daß ein anderes Blatt — es war übrigens der „Sour“, der von Hochfort abhängt — seinen Namen nennen zu dürfen glaubte. Die Namen oder zwei anderen werde man wohl auch bald herausbekommen, hieß es dann weiter. Der „Sour“, von dem der „Intransigant“ sagte, er wäre zur Zeit der Schießungen auf dem Polygon von Vincennes dreimal ertrapp worden, ist es dem deutschen Militärattachee ein Briefkonvert zustellte (?) und von diesem ein anderes, den Vohn für seinen Verrat erteilt (?), ist gegen das Hochfort'sche Blatt flagbar geworden. So meinten die „Debat's“, für welche Hauptmann B. gelegentlich über Manöver und andere militärische Dinge schrieb.

In Bezug auf die Standesverhältnisse des Majors Esterhazy ist eine im offiziellen Wiener Fremdenblatt veröffentlichte ausführliche Zuschrift des Grafen Nikolaus Moriz Esterhazy von Interesse, worin der in den Wäutern angegebene Stammbaum des Majors Walfin Esterhazy als unrichtig dargelegt wird. Die Familie Esterhazy zerfällt in drei Linien, Jorgenthien, Gieszel und Altschl. Eine russische Linie habe niemals existirt, die französische seit 1876 erloschen. Diese Stamme von Anton Esterhazy, welcher 1732 im Exil in der Türkei gestorben war. Graf Walfin Esterhazy stamme von der Gräfin Marie Anne Esterhazy, geboren 1740, ab, die morganatisch mit einem Offizier Namens Walfin verheiratet war. Graf Esterhazy schlichtete seine Erklärung: „Unsere drei Häuser haben die sogenannten Walfin-Esterhazy nie als Grafen Esterhazy anerkannt.“

Aus dem Reiche.

Der Kaiser ist gestern Nachmittag kurz vor 2 Uhr auf dem Bahnhof in Altona eingetroffen. Der Kaiser unterhielt sich lebhaft mit dem zum Empfang erschienenen Grafen Waldersee. Nach dem von der Kaiserin Generalstabgebäude das Frühstück eingenommen, erfolgte kurz vor 4 Uhr die Abreise nach Berlin. — Der General der Infanterie 3. D. v. Fischer ist zu Heidelberg am 22. d. nach längerem Leiden im 72. Lebensjahre gestorben. Fischer ist Anfangs der achtziger Jahre Kommandeur der 36. Infanterie-Brigade und dann der 43. Infanterie-Brigade gewesen. Zuletzt war er Kommandant von Königsberg. — Am 30. d. M. wird der in Naumburg lebende Donaher, General der Artillerie 3. D. a. la suite des 1. Gardebataillierregiments v. Voigts-Rhege mit seiner Gemahlin, geb. Wolff, das Fest der goldenen Hochzeit begehen. Die Feiertage eines Trauerfalls wegen im engen Familienkreise stattfinden. — In Stuttgart am 22. d. M. starb der verdiente Geologe Dr. Osar v. Graß.

Direktor des dortigen königlichen Naturalienkabinetts, im 74. Lebensjahre gestorben. — Bei den am Mittwoch beendeten Stadtverordnetenwahlen dritter Abtheilung zu Halle unterlagen nach dreitägigen Wahlkämpfe die Sozialisten mit einer Ausnahme, wo sie in zweifelhaften Stimmverhältnissen, gegenüber sieben bürgerlichen Kandidaten. — Der mecklenburgische Landtag hat mit 51 gegen 24 Stimmen abgelehnt, die von der Regierung für den Bau eines Kanals von Weimar nach Schwerin verlangten 2 900 000 Mark zu bewilligen. — Die „Straß. Post“ bemerkt zu der Eingabe von 1000 eisenbahnbetriebigen Landesbeamten an den Reichstag am Gleichstellung mit den Reichs- und preussischen Beamten, die Thatsache dieser Eingabe beweise, daß die Unterzeichner der Eingabe sich von der Erwägung leiten ließen, sie würden ihr Recht eher beim Reichstage finden, als bei der Landesverwaltung und Volksvertretung von GutsMuths. Das sei eine Kundgebung des Mißtrauens. Sie zeige, welche Luft aus Anlaß dieser Frage zwischen der Beamtenchaft einerseits und der Regierung und der parlamentarischen Vertretung des Landes andererseits entstanden sei. Sie zeige ferner, welche tiefe Verstimmlung in den Kreisen der Beamtenchaft bestehe; es wäre vielleicht besser gewesen, sie hätten sich zu erst an den kaiserlichen Statthalter mit ihrer Bitte gewendet. — Die bayerische Kammer der Abgeordneten begann am Mittwoch die Beratung des Antrages von Vollmar betreffend die Umneuerung der wegen Gabelfeldtreibens Verurtheilten und des Antrages Wabes betreffend die möglichst weitgehende Begnadigung der verurtheilten Haber, die von Fall zu Fall erfolgen soll. Der Justizminister erklärte, der Erfolg einer Amnestie sei unendlich, weil die Gründe für die Verurtheilung bei den einzelnen Personen sehr verschiedene waren, und weil bei Erlass einer Amnestie neue Unbefriedigungen gerade in jenen Gebieten befürchtet werden müßten, welche man jetzt von dem Anwesen des Gabelfeldtreibens befreit habe. Dagegen erklärte sich der Minister bereit, jedes berechtigte Begnadigungsgesuch zur Würdigung zu empfehlen. Im Laufe der Debatte wurde von allen Seiten eingeräumt, daß die Bewohner der in Frage kommenden Gegenden durchweg sehr erregt seien, daß dem Gabelfeldtreiben ein Ende bereitet wurde, und daß der von den Habern ausgeübte Terrorismus verschwunden sei. Die Debatte über die Anträge wurde sodann auf Freitag vertagt. — Das Generalkommando des Gardekorps errichtet in Perleberg ein Gefangenenheim für Militärintvaliden.

Deutschland.

Berlin, 25. November. Die besondere Marine-Vorlage, welche der Reichstag bei seinem heutigen Zusammentreten vorfinden wird, fordert — so ist jetzt mit aller Sicherheit anzunehmen — ein Marine-Sepiment und zwar in der Form, daß der Umfang der Neubauten, die Zahl und Art der in Angriff zu nehmenden Schiffe für sieben Jahre im Voraus festgelegt werden soll; was innerhalb dieses Programms in jedem Einzelfalle verlangt wird, soll von der finanziellen Lage abhängig bleiben, in den Etats gefordert und der Bewilligung der Volksvertretung anheimgelassen werden. Auf diese Weise meint man, dem Budgetrecht des Reichstags genügend Rechnung getragen zu haben!

Ueber die Einzelheiten der Regierungsvorlage wird man erst etwas Genaueres erfahren, wenn die Volksvertretung beisammen ist. Aber schon nach dem Wenigen und Allgemeinen, was man heute durchgesehen ist, wird man den lebhaftesten Widerspruch gegen den Versuch, den nächsten Reichstag in der gedachten Weise binden zu wollen, mit Sicherheit voraussehen. Mit vollem Recht wird selbst von national-liberaler Seite betont, daß der deutsche Reichstag von seinem Nutzen nichts abgeben kann. Es ist ihm knapp genug zugekommen. In wahrhaft konstitutionellen Staaten ist es fast undenkbar, daß die Regierung in prinzipiellen Fragen nicht die Anschauungen der parlamentarischen Mehrheit abspiegelt. In Deutschland hat, wie die „National-Zeitung“ hervorhebt, das Staatswesen u. A. die Aufgabe, den Einfluß der Volksvertretung möglichenfalls auch gegenüber einer Regierung geltend zu machen, welche der Mehrheit fremd ist, vielleicht ihr sogar feindlich gegenüber steht.

Die ultramontane „Germ.“ benutzte jede mögliche und unmögliche Gelegenheit, um dem Bundesrathe dringend anzufragen, dem Reichstagsbeschlusse über das Festungsgesetz Folge zu geben. So schreibt sie in ihrer gestrigen Abendausgabe: Die Zentenar-Grinnerungsmedaille kann, wie wir mitgetheilt haben, auch an Damen verliehen werden, die im Feldzuge als freiwillige Krankenpflegerinnen thätig gewesen sind, sie wird also wohl auch an freiwillige Krankenpfleger verliehen werden können, wenn diese einen solchen Antrag stellen. Wie steht es nun aber mit den freiwilligen Feldgeschwären? Man wird uns antworten, daß einer Verleihung der Zentenar-Grinnerungsmedaille auch an diese nicht nur nichts im Wege stehe, sondern diese lediglich eine nachgeliegende Konsequenz sei. Gut; dann aber haben auch die Jesuiten, die als freiwillige Feldgeschwäre oder im Dienste der freiwilligen Krankenpflege den Feldzug von 1870—71 mitgemacht haben — einige haben sogar in Anerkennung ihrer hervorragenden Thätigkeit das Eisener Kreuz erhalten — nun auch einen berechtigten Anspruch auf die Zentenar-Grinnerungsmedaille, die für sie — denn so hat „das dankbare Vaterland“ ihre Verdienste belohnt — zugleich eine „Zentenar“-Grinnerung an ihre fünfundsiebenzigjährige Verbannung aus dem deutschen Vaterland sein würde. — So tritt das Widerspruchsvolle und Ungeheuerliche des Festungsgesetzes immer wieder vor die Augen. Wird der Bundesrat nun nicht endlich dem Reichstagsbeschlusse auf Aufhebung des Festungsgesetzes zustimmen?

Der Generalstabschef ist eine Zusammenstellung der aus Staatsfonds für Zwecke der evangelischen Landeskirche der neun älteren Provinzen zufließenden Mittel zugegangen; diese betragen im Ganzen 7 433 812 Mk., nämlich für Verpflegung der Mitglieder und Beamten des evangelischen Oberkirchenrathes und der Konsistorien wie für Bekleidung der Amtsbediensteten dieser Behörden 1 067 067 Mk.; an Verpflegung und Zuschüssen, die evangelische Geistliche, Kirchenbeamte und Kirchen erhielten, 1 194 019 Mark;

laufende Zuschüsse, Alterszulagen an Geistliche wie Unterführungen an ausgeschiedene Geistliche 2 927 730 Mk.; zu Vikariatsverrichtungen 137 700 Mk.; Zuschuß für die Stiftung monas pietatis 25 820 Mk.; Zuschuß zu dem Pfarr-, Witwen- und Waisenfonds 800 000 Mk.; verschiedene Zahlungen für kirchliche Zwecke 20 475 Mk.; Beihilfe zur theilweisen Abführung der Solgebühren 1 250 000 und vom Kaiser zur Aufbesserung bedürftiger Pfarrstellen 36 000 Mk.

Ueber die schändliche Mißhandlung des Seehers Roth in Bahia (Etat Santa Caterina in Brasilien), wegen der das Reich Genugthuung verlangt hat, schreibt man der „Frankf. Ztg.“ von dort unterm 20. Oktober, daß an diesem Tage, obwohl sich der Vorfall am 5. Oktober ereignete, die Mißthäter von der Behörde noch nicht zur Rechenschaft gezogen waren. „Sämtliche Deutsche“, heißt es in dem Briefe, „und viele verständigere Brasilianer sind höchst entsetzt über das abscheuliche Vorkommnis. Nur der Besonnenheit einiger Mißbürger ist es zuzuschreiben, daß nicht Kundstufung an den Mißthätern geübt wurde. Der Fall wurde sofort der Staatspolizei, sowie andern Tags dem deutschen Konsulat zu Desterro angezeigt. Erstere hat wohl den Thatsache, sowie das damalige Befinden des Kranken nach ärztlicher Aussage zu Protokoll genommen und einige Personen, die nichts wissen konnten, vernommen. Dies ist alles, was bis jetzt geschehen ist, obgleich der deutsche Konsul Herr Karl Döppke sich die größte Mühe gegeben haben soll, damit die Attentäter gefast würden. Es sollen Beamte, Anhänger der regierenden Partei sein, allein diese befinden sich, trotz vorliegender schwerer Verdachtsgründe, noch auf freiem Fuße. Es ist auch ein Zeuge vorhanden, der den ganzen Vorfall mit angehen und die Uebelthäter erkannt hat, aber aus Furcht vor einer ähnlichen, wenn nicht noch schlimmeren Mißhandlung nicht einschreiten wollte. Die Exterritorialität ist deshalb noch im Zuneimen, und bei dem geringsten Anlaß kann es zu Thätlichkeiten kommen. Sollte in der Sache nichts geschehen, so sehen wir uns genöthigt, zur Wahrung unseres Ansehens und zur Sicherung unseres Lebens und Eigenthums uns mit der Waffe in der Hand zu vertheidigen.“

Frankreich.

Paris, 24. November. Die mit der Beilegung des französisch-deutschen Logos-Abkommens betraute Kommission der Deputirtenkammer erstattet dem Abkommen einstimmig ihre Zustimmung. Zum Berichterstatter wurde Deloncle gewählt.

England.

London, 24. November. Eine Petersburger Drahtung des „Bir. Dalziel“ behauptet, Rußland werde keinen Einwand gegen eine dauernde Besetzung von Manichan erheben auch werde es sich seiner Macht in dem Verlangen, eine Erklärung von Deutschland zu verlangen, anschließen.

Türkei.

Konstantinopel, 24. November. Das Programm des heute oder morgen zu gewärtigenden feierlichen Saluts der österreichisch-ungarischen Flotte in Mesina wurde zwischen der österreichisch-ungarischen Flotte und dem Minister des Auswärtigen Temoft-Pascha vereinbart. Dem feierlichen Akt werden alle Militär- und Zivilbehörden in Parade-Uniform, ferner der als Delegirte der Flotte fungierende Kommandant, sowie der Stab des Kreuzers „Leopard“ beiwohnen. Ein Truppenbataillon mit Musik wird ausmarschieren und sich vor dem Konstantinopel aufstellen. Im Augenblick der Föhrung der Flotte präsentiren die Truppen und die Musik fest ein.

Kanea, 24. November. Der Kaiser von Rußland hat der türkischen Bevölkerung Gebührende Aufmerksamkeiten überwiesen und sich bereit erklärt, die orthodoxe Kapelle in Kanea, welche niedergebrannt war, auf seine Kosten wieder aufbauen und ein Hospital errichten zu lassen.

Afrika.

Reithammun, 24. November. Die Franzosen haben in Perivolia einen neuen Posten errichtet, wodurch es der christlichen Bevölkerung ermöglicht wird, dorthin zurückzukehren.

Zagos, 24. November. (Meldung des „Reuter'schen Bureau's“.) Die französische Expedition, welche am 7. Oktober Porto Novo verlassen hat, ist in Afrika angekommen. Der Gouverneur von Dahome, Ballot, ist mit einer beträchtlichen Anzahl von Soldaten und Trägern nach dem Hinterlande von Dahome aufgebrochen.

Arbeiterbewegung.

London, 24. November. Die Konferenz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern des Maschinenbau-Gewerbes, welche durch die Vermittlung des Handelsamtes zu Stande gekommen ist, wurde heute eröffnet. Die Verhandlungen werden sich wahrscheinlich in die Länge ziehen.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 25. November. Eine recht unangenehme Unterbrechung erlitt heute Vormittag der Straßenbahnbetrieb, da die Stromleitung plötzlich verlagte. Die Wagen blieben überall auf der Str. a. stehen und die Fahrgäste mußten nothgedrungen ihren Weg zu Fuß fortsetzen.

* Alljährlich bietet das Weihnachtstfest Vereinen und einzelnen Wohlthätern Veranlassung, sich der Bedürftigen anzunehmen, erfahrungsgemäß wird jedoch diese Gelegenheit vielfach von Mitleidenden ausgebeutet, indem dieselben sich an mehreren Orten beschenken lassen, vielleicht zum Schaden von Bedürftigen. Zur Abheilung dieses Mißbrauches läßt Herr Polizeipräsident Dr. von Zander in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralverbandes für die Stettiner Vereinsamenspflege an alle Wohlthäter die Bitte ergehen, entweder die Beförderung innerhalb des Bezirks-Armens Vereins zu halten und die Namen der zu Bescheidenden dem Bezirksvorsitzenden oder der Gemeindevorsteher mitzutheilen, oder, wo dies nicht möglich ist, wenigstens ein Verzeichnis der Geschenkpäpfer der Schenker mittheilen. Große Mitterstraße 7, zu übermitteln.

